

Laber/Pagenkopf/Baumanns
Landespersonalvertretungsgesetz Nordrhein-Westfalen

Landespersonal- vertretungsgesetz Nordrhein-Westfalen

Kommentar

Herausgegeben von

Dr. Jörg Laber

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Köln

Dr. Martin Pagenkopf

Rechtsanwalt, Richter am BVerwG a.D., Köln

Dr. Thorsten Baumanns

Leitender Ministerialrat, Düsseldorf

2. Auflage 2026



C.H.BECK

Zitiervorschlag:
Laber/Pagenkopf/Baummanns/Pagenkopf LPVG § 1 Rn. 1

beck.de

ISBN PRINT 978 3 406 79378 3

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Bearbeitendenverzeichnis

Dr. Thorsten Baumanns	Leitender Ministerialrat, Düsseldorf
Dr. Martin Brock	Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Köln
Falk Grünebaum	Regierungsdirektor, Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW, Gelsenkirchen
Yukiko Hitzelberger-Kijima ...	Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, Düsseldorf
Anne C. Jonas	Rechtsanwältin, Fachanwältin für Arbeitsrecht, Bonn
Frank Kortüm	Regierungsdirektor, Düsseldorf
Dr. Jörg Laber	Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Köln
Dirk Lenders	Rechtsanwalt, Sankt Augustin
Dr. Martin Pagenkopf	Rechtsanwalt, Richter am BVerwG a. D., Köln
Dr. Axel Rosenthal	Leitender Regierungsdirektor, Leiter Direktion ZA, Polizeipräsidium Bonn
Dr. Dominik Schnieder	Richter am Oberverwaltungsgericht, Münster

Vorwort

Stand 30.6.2024 waren in Nordrhein-Westfalen 592.215 Personen im Kommunalen Bereich sowie weitere 509.500 im Landesbereich, mithin mehr als 1,1 Millionen Menschen beschäftigt. Ihre Personalvertretung wird in der Regel durch die Vorschriften des Landespersonalvertretungsgesetzes bestimmt. Für dessen Verständnis ist allein die Lektüre des Gesetzestextes in vielen Fällen nicht ausreichend. Der vorliegende Kommentar versteht sich daher als Hilfestellung für die Bearbeitung personalvertretungsrechtlicher Fragen. Unter Rückgriff auf die reichhaltige Rechtsprechung und Literatur werden die Normen des Landespersonalvertretungsgesetzes erläutert.

In seiner 2. Auflage ist das Werk nicht nur vollständig aktualisiert worden; vielmehr ist neu hinzugekommen die Kommentierung der spezialgesetzlichen Normen der Beteiligung von Richter- und Staatsanwaltsvertretungen im Landesrichter- und Staatsanwältegesetz – LRiStaG. Damit soll das Werk Dienststellen und Beschäftigten, Personalvertretungen, Richtern und Staatsanwälten, Rechtsanwälten und allen sonstigen in diesem und dem Bereich der Personalvertretung Tätigen bei ihrer täglichen Arbeit wertvolle Unterstützung bieten.

Eine deutliche Ausrichtung des Kommentars auf die Erfordernisse einer ständig zunehmenden Digitalisierung auch im Bereich des öffentlichen Dienstes ergibt sich daraus, dass das Werk jetzt nicht mehr nur als Printwerk, sondern auch als Online-Kommentierung in der Reihe der Beck'schen Online-Kommentare erscheint. Hierdurch wird der zunehmend dynamischen Entwicklung im Personalvertretungsrecht, die insbesondere durch sich schnell fortentwickelnde Rechtsprechung in Erscheinung tritt, und den Bedürfnissen der Praxis nach einem schnellen Zugriff auf benötigte Informationen im Besonderen Rechnung getragen.

Damit einhergehend ist sowohl der Kreis der Herausgeber um Herrn Dr. Thorsten Baumanns als auch der der Autorinnen und Autoren des Werkes um Frau Anne C. Jonas, Herrn Frank Kortüm und Herrn Dr. Dominik Schnieder erweitert worden. Herrn Werner M. Mues sowie Herrn Dr. Oliver Reinartz, die an der 2. Auflage nicht mehr mitgewirkt haben, gilt unser besonderer Dank; sie haben maßgeblich dazu beigetragen, dass sich der Kommentar fest etabliert hat. Gleichzeitig möchten wir natürlich auch allen anderen Autorinnen und Autoren des Teams für ihren neben dem Beruf überobligatorisch geleisteten Beitrag zur 2. Auflage ganz herzlich danken.

Die Neuauflage hätte nicht ohne die tatkräftige und unermüdliche Arbeit der Lektorin Marlies Packeiser, der wir ebenfalls unseren großen Dank aussprechen möchten, erscheinen können. Auch dem Verlag, der die Neuauflage nun zusätzlich auch als Online-Kommentierung ermöglicht hat, danken wir sehr für die geduldige Begleitung des Entstehungsprozesses.

Köln, im Januar 2026

Dr. Jörg Laber
Dr. Martin Pagenkopf
Dr. Thorsten Baumanns

Inhaltsverzeichnis

Bearbeitendenverzeichnis	Seite V
Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII

Personalvertretungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landespersonalvertretungsgesetz – LPVG)

Vor § 1	1
---------------	---

Erstes Kapitel. Allgemeine Vorschriften

§ 1	Bildung von Personalvertretungen	3
§ 2	Zusammenarbeit, Friedenspflicht	10
§ 3	Neutralität	16
§ 4	Keine abweichende Regelung	19
§ 5	Beschäftigte	20
§ 6	Gruppen	30
§ 7	Berufsausbildungsverhältnis	32
§ 8	Leiter, Vorstand, Kanzler	37
§ 9	Schweigepflicht	40

Zweites Kapitel. Personalrat

Erster Abschnitt. Wahl und Zusammensetzung

§ 10	Wahlberechtigte	46
§ 11	Wählbarkeit	54
§ 12	Neue Dienststellen	57
§ 13	Personalrat	57
§ 14	Gruppenvertretung	59
§ 15	Abweichende Regelung	61
§ 16	Wahl	62
§ 17	Wahlvorstand, Vorsitzender	66
§ 18	Bestellung durch Personalversammlung	68
§ 19	Bestellung durch Dienststellenleiter	69
§ 20	Aufgaben des Wahlvorstandes	69
§ 21	Freie Wahl	72
§ 22	Anfechtung	74

Zweiter Abschnitt. Amtszeit

§ 23	Amtszeit	80
§ 24	Neuwahl	84
§ 25	Ausschluss und Auflösung durch Verwaltungsgericht	90
§ 26	Erlöschen der Mitgliedschaft	100
§ 27	Ruhen der Mitgliedschaft	107
§ 28	Ersatzmitgliedschaft	109

Dritter Abschnitt. Geschäftsführung

§ 29	Vorstand, Vorsitz, Stellvertretung	114
§ 30	Einberufung	119
§ 31	Sitzungen	126
§ 32	Teilnahme von Gewerkschafts- und Stufenvertretern	131
§ 33	Beschlussfassung	134

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 34	Gemeinsame Angelegenheiten 139
§ 35	Beschlussaussetzung auf Antrag einer Gruppe 142
§ 36	Teilnahme von Gruppenvertretern 146
§ 37	Niederschrift 148
§ 38	Geschäftsordnung 151
§ 39	Sprechstunden 154
§ 40	Kosten 156
§ 41	Keine Beiträge 166
Vierter Abschnitt. Rechtsstellung der Mitglieder	
§ 42	Rechtsstellung der Mitglieder 167
§ 43	Schutz vor Versetzung und Abordnung 192
Drittes Kapitel. Personalkommission	
§ 44	Personalkommission 212
Viertes Kapitel. Personalversammlung	
§ 45	Personalversammlung 219
§ 46	Tätigkeitsbericht 235
§ 47	Dienstbefreiung 241
§ 48	Anträge, Stellungnahmen 245
§ 49	Beratende Teilnehmer 252
Fünftes Kapitel. Stufenvertretungen	
§ 50	Bezirks- und Hauptpersonalräte 260
§ 51	Amtszeit, Geschäftsführung 266
Sechstes Kapitel. Gesamtpersonalrat	
§ 52	Gesamtpersonalrat 271
§ 53	Wahl, Amtszeit, Geschäftsführung 273
Siebttes Kapitel. Jugend- und Auszubildendenvertretung	
§ 54	Bildung von Vertretungen 276
§ 55	Wahlberechtigte, Wählbarkeit 277
§ 56	Zusammensetzung 279
§ 57	Wahlvorstand, Amtszeit 280
§ 58	Rechtsstellung 284
§ 59	Jugend- und Auszubildendenversammlung 286
§ 60	Jugend- und Auszubildendenstufenvertretung 287
§ 61	Aufgaben 288
Achstes Kapitel. Beteiligung der Personalvertretung	
Erster Abschnitt. Allgemeines	
§ 62	Gleichwertige Behandlung 294
§ 63	Pflichtbesprechungen 304
§ 64	Allgemeine Aufgaben des Personalrats 306
§ 65	Unterrichtung, Personalakten, Datenschutz 315
§ 65a	Wirtschaftsausschuss 332
Zweiter Abschnitt. Formen und Verfahren	
§ 66	Zustimmungsverfahren 341
§ 67	Einigungsstelle 383
§ 68	Endgültige Entscheidung 404
§ 69	Mitwirkungsverfahren 408
§ 70	Dienstvereinbarungen 415

	Seite
§ 71 Durchführung von Entscheidungen	427

Dritter Abschnitt. Beteiligungspflichtige Angelegenheiten

§ 72 Mitbestimmungsangelegenheiten	431
§ 72a (aufgehoben)	653
§ 73 Mitwirkungsangelegenheiten	653
§ 74 Stellungnahme bei Entlassungen	682
§ 75 Anhörung bei Strukturveränderungen	724
§ 76 Teilnahme an Prüfungen	739
§ 77 Arbeitsschutz und Unfallverhütung	744

Vierter Abschnitt. Beteiligung der Stufenvertretung und des Gesamtpersonalrats

§ 78 Beteiligung der Stufenvertretungen	753
-----------------------------------------------	-----

Neuntes Kapitel. Gerichtliche Entscheidung

§ 79 Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte	761
§ 80 Fachkammern, Fachsenate	781

Zehntes Kapitel. Sondervorschriften für besondere Verwaltungszweige und die Behandlung von Verschlussachen

Erster Abschnitt. Polizei

§ 81 Sonderregelungen	788
§ 82 Dienststellen	789
§ 83 Wahlberechtigung	792
§ 84 Hauptpersonalrat	793

Zweiter Abschnitt. Lehrkräfte

§ 85 Sonderregelungen	794
§ 86 Schulen und Studienseminare	802
§ 87 Lehrergruppen	805
§ 88 Dienststellen	807
§ 89 Stufenvertretungen	811
§ 90 Vorschlagsrecht	814
§ 91 Versetzung	819
§ 92 Rechtsverordnungen über Dienststellen	824

Dritter Abschnitt. Justizvollzug

Vor §§ 93, 94	828
§ 93 Regelungen für Beschäftigte im Justizvollzug	828
§ 94 Hauptpersonalrat für Beschäftigte im Justizvollzug	828

Vierter Abschnitt. Referendarinnen und Referendare im juristischen Vorbereitungsdienst

§ 95 Sonderregelungen	829
§ 96 Personalvertretungen	830
§ 97 Wahlberechtigung, Wählbarkeit	831
§ 98 Wahlvorschläge	832
§ 99 Wahlperiode	833
§ 100 Bezirkspersonalrat	833
§ 101 Zuweisung zu auswärtigen Ausbildungsstellen	834
§ 102 Zuständigkeiten und Befugnisse	835
§ 103 Vertretung durch Ausbildungsleiter	837

Fünfter Abschnitt. Hochschulen

§ 104 Wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter	838
-------------------------------------------------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 105 Besondere Personalvertretungen	844
§ 105a Landespersonalrätekonzferenz	847
§ 105b Antrag auf Bildung eines Wirtschaftsausschusses	851
Sechster Abschnitt. Behandlung von Verschlussachen	
§ 106 Verschlussachen	852
Elftes Kapitel. Sonder- und Schlussvorschriften	
§ 107 Kirchen und Religionsgemeinschaften	856
§ 108 Wahl der Vertrauensleute	858
§ 109 Wahlvorschriften	858
§ 110 Berufsverbände	865
§ 111 Alte Dienstvereinbarungen	865
§ 112 Wahl und Wählbarkeit	865
§ 113 Anwendungsbereich	866
§ 114 Inkrafttreten, Außerkrafttreten	867
Richter- und Staatsanwältengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesrichter- und Staatsanwältengesetz – LRiStaG)	
Einleitung	868
Teil 2. Richter- und Staatsanwaltsvertretungen	
Kapitel 1. Gemeinsame Vorschriften für die Richtervertretungen	
§ 15 Richterrat und Präsidialrat	879
§ 16 Amtszeit	881
§ 17 Rechtsstellung der Mitglieder	882
§ 18 Ruhen der Mitgliedschaft	883
§ 19 Schweigepflicht	884
§ 20 Information der Richtervertretungen	885
§ 21 Beschlussfassung	888
§ 22 Vertretung der Dienststelle	889
§ 23 Verfahren der Mitbestimmung	890
§ 24 Einigungsstelle	896
§ 25 Letztentscheidungsrecht	897
§ 26 Verfahren der Mitwirkung	898
§ 27 Dienstvereinbarungen	900
§ 28 Umsetzung von Maßnahmen durch die Dienststelle	901
§ 29 Kosten	902
§ 30 Rechtsweg	903
Kapitel 2. Richter- und Staatsanwaltsrat	
Abschnitt 1. Richterrat	
§ 31 Bildung der Richterräte	905
§ 32 Zusammensetzung	907
§ 33 Wahl der Mitglieder	907
§ 34 Wahlvorschläge	910
§ 35 Allgemeine Wahlgrundsätze	911
§ 36 Wahlvorstand	911
§ 37 Wahlordnung	912
§ 38 Eintritt der Ersatzmitglieder	913
§ 39 Vertretung des Richterrats	913
§ 40 Vierteljahresgespräch	914
§ 41 Mitbestimmungspflichtige Angelegenheiten	915
§ 42 Mitwirkungspflichtige Angelegenheiten	942
§ 43 Anhörungspflichtige Angelegenheiten	945

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 44 Bezirks- und Hauptrichterräte	950
§ 45 Beteiligung der Stufenvertretung	951
Abschnitt 2. Staatsanwaltsrat	
§ 46 Bildung und Zusammensetzung der Staatsanwaltsräte	954
§ 47 Geltung der Vorschriften über den Richterrat	957
Abschnitt 3. Gemeinsame Angelegenheiten	
§ 48 Beteiligung an gemeinsamen Angelegenheiten	964
§ 49 Gemeinsame Personalversammlung	973
§ 50 Einigungsstelle in gemeinsamen Angelegenheiten	974
Abschnitt 4. Geltung des Landespersonalvertretungsgesetzes	
§ 51 Geltung des Landespersonalvertretungsgesetzes	975
Kapitel 3. Präsidialrat	
§ 52 Bildung	978
§ 53 Ordentliche Gerichtsbarkeit	979
§ 54 Verwaltungsgerichtsbarkeit	980
§ 55 Finanzgerichtsbarkeit	980
§ 56 Arbeitsgerichtsbarkeit	980
§ 57 Sozialgerichtsbarkeit	980
§ 58 Wählbarkeit und Wahlberechtigung	981
§ 59 Vorsitz des Präsidialrates	984
§ 60 Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidialrates	985
§ 61 Anzuwendende Wahlvorschriften	985
§ 62 Anfechtung der Wahl	986
§ 63 Ausscheiden von Mitgliedern	987
§ 64 Eintritt der Ersatzmitglieder, Stellvertretung	990
§ 65 Aufgaben	991
Sachverzeichnis	1001